

Island

Burkard Steppacher

Abbruch der Übung. So kann in drei Worten der Stand der Beitrittsverhandlungen Islands mit der EU beschrieben werden. Das Aussetzen der Verhandlungen zwischen Reykjavik und Brüssel im Frühjahr 2013 kam nicht aus heiterem Himmel, sondern hatte sich schon seit einiger Zeit angedeutet.¹ Wie kam es dazu und was sind die Hintergründe?

Bereits im Lauf des Jahres 2012 zeichnete sich ab, dass der Weg Islands zur EU-Mitgliedschaft nicht so einfach werden würde, wie noch 2009 beim Stellen des Beitritts-gesuchs gedacht.² Zwar wurden im zweiten Halbjahr 2012 noch neun weitere Verhandlungskapitel eröffnet (u.a. Freier Warenverkehr, Steuerpolitik, Umwelt, sowie die heiklen Themen Regionalpolitik und Wirtschafts- und Währungspolitik); damit waren 27 der 35 Kapitel eröffnet, von denen 11 bereits inhaltlich geklärt und vorläufig abgeschlossen werden konnten; allerdings blieben die schwierigsten Politikfelder in den bilateralen Beziehungen wie Fischereipolitik, Agrarpolitik, Freier Kapitalverkehr oder Freier Dienstleistungverkehr weiter außen vor.

Angesichts der mühsamen Verhandlungsfortschritte, der stark sinkenden Zustimmung in der isländischen Bevölkerung zum Thema EU-Beitritt bei Meinungsumfragen, vor allem aber angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen im April 2013 beschloss das Kabinett Anfang Januar 2013, die Beitrittsverhandlungen mit der EU bis zu den Wahlen nicht weiter voranzutreiben.³ Aber auch das rettete die rot-grüne Regierungskoalition nicht mehr, die wegen internen Streits über die Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie anderer umstrittener Projekte, wie der mühsamen Verfassungsreform, kontinuierlich an Zustimmung verlor.⁴

Bei den Parlamentswahlen am 27. April 2013 wurde die rot-grüne Regierung von Ministerpräsidentin Jóhanna Sigurðardóttir bereits nach einer Legislaturperiode in der Regierungsverantwortung abgewählt und wieder in die Opposition geschickt: Hatte das Bündnis aus (sozialdemokratischer) Allianz (Samfylkingin) und (ökosozialistischer) Links-Grüner Bewegung (Vinstrihreyfingin – grænt framboð) bei den vorgezogenen Neuwahlen im Jahr 2009 noch hohe Gewinne einfahren können, verloren beide Parteien 2013 nun wieder ebenso deutlich. Nach vier Jahren in der politischen Verantwortung waren die Hoffnungsträger von 2009 entzaubert: Die Allianz stürzte mit einem Verlust von 16,9 Prozentpunkten auf nur mehr 12,9 Prozent (9 Sitze) in der Gunst der Wähler geradezu ab, auch die Links-Grüne Bewegung verlor die Hälfte ihrer Wähler (-10,8 Prozent) und erreichte noch 10,9 Prozent der Stimmen (7 Sitze).

Die liberal-konservative Unabhängigkeitspartei (Sjálfstæðisflokkur) des 2009 gescheiterten Ministerpräsidenten Geir H. Haarde⁵ erholte sich mit neuem Spitzenpersonal hingegen

1 Vgl. Jahrbuch der Europäischen Integration 2011, S. 389f.; sowie Jahrbuch 2012, S. 511f.

2 Vgl. Jahrbuch der Europäischen Integration 2009, S. 263.

3 Vgl. Island brems Verhandlungen mit EU, Neue Zürcher Zeitung, 15.1.2013.

4 Vgl. Zum Dank ein Tritt, Süddeutsche Zeitung, 25.4.2013; vgl. auch Corinne Deloy, The right-wing opposition is the favourite in the Icelandic parliamentary elections, <http://www.robert-schuman.eu/en/doc/oec/oec-1429-en.pdf>.

von ihren Verlusten und wurde nach vier Jahren mit 26,7 Prozent (plus 3,0 Prozentpunkte) wieder stärkste Partei, wie sie es bereits vor der Finanzkrise traditionell war. Ihr Vorsitzender Bjarni Benediktsson machte sich bereits Hoffnungen auf das Amt des Premierministers. Großer Gewinner der Wahl ist jedoch die zentristische, bäuerlich-liberale Fortschrittspartei (Framsóknarflokkurinn), die um fast 10 Prozent auf 24,4 Prozent der Stimmen zulegte und ebenfalls 19 Sitze im Althing erzielte. Daher beauftragte der isländische Präsident Ólafur Ragnar Grímsson den Vorsitzenden der Fortschrittspartei Sigmundur Davíð Gunnlaugsson mit der Regierungsbildung.⁶ Dieser wurde am 23. Mai 2013 zum neuen Ministerpräsidenten in einer Koalition der Fortschrittspartei mit der Unabhängigkeitspartei ernannt, während Bjarni Benediktsson von der Unabhängigkeitspartei das Finanz- und Wirtschaftsministerium übernahm.⁷ Neuer Außenminister wurde Gunnar Bragi Sveinsson von der Fortschrittspartei. Im Regierungsprogramm hielt die neue Koalition fest, dass die bereits seit Januar 2013 vorläufig ruhenden Beitrittsverhandlungen weiterhin ausgesetzt bleiben und nicht eher wieder aufgenommen werden sollen, bis dies in einer Volksabstimmung genehmigt wurde.⁸ Einen Zeitplan für ein Referendum gibt es aber nicht.⁹

Beim Antrittsbesuch von Außenminister Sveinsson in Brüssel unterrichtete dieser den zuständigen EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle über das weitere Aussetzen der Verhandlungen.¹⁰ Beim ersten Besuch von Ministerpräsident Gunnlaugsson bei Kommissionspräsident Barroso im Juli 2013 in Brüssel unterstrich Barroso das Interesse der EU, die Beitrittsverhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, wobei auf die Besonderheiten Islands geachtet würde. Allerdings „ticke die Uhr“ und man wolle seitens der EU nicht unbegrenzt zuwarten.¹¹ Als Alternative bleibt die Fortführung der Beziehungen im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsraums.

Weiterführende Literatur

Europäische Kommission: Fortschrittsbericht Island 2012, SWD (2012) 337 final.

Europäische Kommission, GD Erweiterung: http://ec.europa.eu/enlargement/countries/detailed-country-information/iceland/index_en.htm.

Europäische Union, Europäischer Auswärtiger Dienst: http://eeas.europa.eu/iceland/index_en.htm.

Island, Außenministerium, Website zum EU-Beitritt: <http://eu.mfa.is>.

Simmons, Kyle / Ridder-Strolis, Katrin / Beckmann-Dierkes, Norbert: Parlamentswahlen in Island führen zu Regierungswechsel, KAS-Länderbericht, April 2013.

Stommer, Meike: Europa-Skeptiker oder Europa-Pragmatiker? Die isländische Europapolitik zwischen Machtpolitik, nationalen Interessen und normativen Orientierungen, Hamburg 2012.

5 Haarde wurde 2010 als erster und bisher einziger Politiker in Island wegen seiner Rolle beim Zusammenbruch des isländischen Bankensystems im Jahr 2008 vor dem staatlichen Sondergerichtshof Landsdómur zur Rechenschaft gezogen und im April 2012 (ohne Strafe) verurteilt. Vgl. Haarde kommt praktisch straffrei davon, Neue Zürcher Zeitung, 24.4.2012.

6 Bei den Parlamentswahlen 2013 kandidierten landesweit 11 Parteien und Parteienbündnisse. Sechs Parteien gelang es, die 5-Prozent-Hürde zu überwinden, darunter zwei neugegründeten Parteien: die pro-europäische Partei „Helle Zukunft“ (Björt framtíð) mit 8,3 Prozent und sechs Mandaten im Althing sowie die Piratenpartei (Piratar) mit 5,1 Prozent und drei Sitzen.

7 Gunnlaugsson regiert Island, Neue Zürcher Zeitung, 25.5.2013.

8 Vgl. <http://www.government.is/government/coalition-platform/>.

9 Island legt die EU-Spur still, Frankfurter Rundschau, 14.6.2013.

10 Europäische Kommission, Iceland: First Meeting with the new Foreign Minister, Brüssel, 13.6.2013, http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/fule/headlines/news/2013/06/20130613_en.htm.

11 Europäische Kommission, Press statement by President Barroso, 16.7.2013, http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-640_en.htm.